

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

79 (8.4.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 80 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins K. u. S. bezogen, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Redaktions- und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Weber; für Ausland, Nachrichten dienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Restamen: Hermann Bahler in Karlsruhe.

„Ich bin ein König.“

Schwarzes Gewölke jagt daher; fast am Boden streifen die Wolken. Finster wie die Nacht ist der Tag. Ein Brausen und Strachen tönt ins Ohr, als ob sich Hellen spalten und zur Tiefe stürzten, als ob die Erde alles Leben verschlingen wollte in ihre dunklen Tiefen. Blige fladern auf — das einzige Licht in dieser grauen Finsternis — und wer noch draußen ist am Skarvarnberg, und wer die Augen noch zu erheben wagt, während Himmel und Erde ihre gewaltigen Stimmen ertönen lassen, der sieht beim plötzlichen grellen Aufstehen des Bliges droben auf der Höhe des Berges drei Kreuze und menschliche Leiber daran.

Es ist der erste Karfreitag! Schrecklich ist der Aufbruch in der Natur; aber er ist nicht wilder und entschlossener als der Aufbruch in den Herzen der Menschen, der ihm vorangegangen ist; denn der schreckliche der Schrecken ist der Mensch in seinem Wahn. Nie hat sich der Mensch schrecklicher gezeigt als am ersten Karfreitag, wo er die Liebe und Menschenfreundlichkeit Gottes ans Kreuz schlug; denn der, der droben auf dem Skarvarnberg inmitten zweier Mörder am Kreuze hängt, ist Jesus Christus, der eingeborene Sohn des ewigen Vaters. „Ja, ich bin ein König“, hatte er dem Pilatus auf dessen Frage gesagt. Aber „mein Reich ist nicht von dieser Welt“, mein Reich ist nicht nach Art der Königsreiche dieser Welt. Nicht Soldaten, nicht Staatsmänner sind seine Stützen, nicht äußere Machtmittel und Gewalt halten es zusammen; mein Reich ist das Reich des Geistes und der Liebe. Seine Stützen sind die freie aber willige Ueberzeugung und die darauf gegründete freiwillige Pflichtenfüllung, d. h. der Glaube, die Hoffnung und die Liebe. Und diesen König der Liebe hat die Welt mißhandelt, ihn hat sie ans Kreuz geschlagen. Aber hat er nicht gerade dadurch den Thron der Liebe ertüchtigt? Ja; andere Könige haben ihren Thron in Pracht und Herrlichkeit; der König des Reiches des Geistes und der Liebe hat seinen Thron am Kreuze aufgeschlagen. Der König der Herzen, der König der Liebe muß leiden, muß gekreuzigt sein in dieser Welt der Leiden, in diesem Tal der Tränen. Der König der Liebe muß in dieser Welt zugleich eine ruhige, mutlos werden wie nicht. Den liberalen Geist können die Segner nicht unterdrücken. Einseitige Interessenspolitik kann auf die Dauer nicht standhalten. Wir werden in dem wogenden Meer der widerstrebenden Meinungen der Zeit sein und bleiben, an dem sich die Wellen brechen. Die Grundpfeiler unserer Partei — national und liberal — stehen fest. Das jetzt bestehende und irreführende Volk wird sicher bald einsehen, daß auch im Parteiloben der gerade Mittelweg der beste ist.

Die Lage des Liberalismus gegenwärtig keine ruhige! Wenn Nationalliberale selber es verhindern, so muß es sehr stark in die Erscheinung treten. Natürlich ist das Volk aufgefährt, wenn es den Nationalliberalen Deckung bietet, dagegen „berstet und irreführt“, wenn es ihnen den Rücken kehrt. Man kennt diese Sprüche zur Genüge.

Weitere sehr interessante Ausführungen haben die „Badischen Nachrichten“ gebracht. In Nr. 79 hat sich jemand „zur politischen Lage in Baden“ geäußert. Zunächst schreibt er: „Nach sechs Monate trennen uns von den badischen Landtagswahlen und schon sind die Parteien mit ihren Wahlvorbereitungen eifrig an der Arbeit. Auf der einen Seite steht das Zentrum fleißig bemüht in imponierender Stärke und auf der anderen sieht man einen unheimlichen Liberalismus, der sich eben zur Freude der Konservativen und Bauernverbände, um auf den liberalen Reden, wenn die Zeit gekommen, zu ernten. Die Sozialdemokratie steht ebenfalls gefestigt da, allerdings nur wenig erbaud von der neuen Entwicklung der Dinge. Kein Wunder!“

„Das Zentrum siegesbewußt?“ Wir können das nicht unterdrücken. Wir glauben, daß unsere Situation eine weitestgehend günstige ist als die der Nationalliberalen. Wir glauben, daß wir gute Aussichten haben, den nächsten Wahlkampf in Ehren und mit siegreichen Erfolgen zu bestehen. Wir wissen aber auch, daß damit ein „Sieg“ noch nicht gewährleistet, geschweige denn erlangt ist.

„Das Zentrum in imponierender Stärke!“ Das akzeptieren wir. Andererseits meinen wir aber auch, die Nationalliberalen müßten solchen Tatsachen, welche sie selbst bezogen, mehr Rechnung tragen. Mit den „liberalen Redern“, von welchen der Verfasser spricht, verhält es sich jedoch etwas anders. Jahrzehnte lang haben die Nationalliberalen eine Reihe von Wahlbezirken in ihrem Besitze gehabt, deren Wahlberechtigte Bewohner in ihrer Mehrheit tatsächlich konservativ waren. Sie sind also diejenigen, welche auf konservativen Redern „geerntet“ haben. Wenn das endlich einmal aufhört, wird es ganz in Ordnung sein.

Der Bundestag ihm soeben zugestimmt hat. Der Entwurf bezweckt, die Verwendung der zu dem ermäßigten Zollsatz von 1,30 M. pro Doppelzentner als Futtermittel aus dem Ausland eingeführten Gerste als Braugerste zu verbieten, für welche der Zollsatz bekanntlich 4 Mark beträgt. Eine derartige Verwendung soll infolge der Schwierigkeit der Unterscheidung bei der Verfolgung in ziemlich umfangreichem Maß stattfinden, ohne daß gegenwärtig Strafbestimmungen dagegen in Anwendung gebracht werden könnten. Es ist sogar zweifelhaft, ob eine nachträgliche Zollverbedung für zu gering verzoollte Gerste rechtlich zulässig ist. Der Entwurf bringt daher ein ausdrückliches Verbot der zollwidrigen Verwendung von Gerste mit entsprechenden Strafbestimmungen für denjenigen, der Gerste zu Brauwedern verwendet, von der er annehmen muß, daß sie als Futtermittel verzoollt ist. Außerdem sieht der Entwurf eine teilweise Färbung der Futtermittel vor, um sie als solche ohne weiteres kenntlich zu machen.

Die Maßregel ist sehr zu begrüßen und entspricht ganz dem, was z. B. unsere badischen Konserwativen auf dem letzten Landtag in einer Interpellation anreagten. Ein Handbuch des Parlamentsrechts fordert Abg. Graf v. Doppersdorf für den Reichstag und er kann sehr gewichtige Gründe hierfür ins Feld führen. Der Reichstag hat nämlich wiederholt, insbesondere in den Kommissionen, Beschlüsse zustande gebracht, die mit früher getroffenen Entscheidungen derselben Kommission oder des Plenums nicht in Einklang zu bringen waren. Es hat sich sogar beobachtet lassen, daß in demselben Falle zu verschiedenen Zeiten verschiedene Beschlüsse gefaßt worden sind. Derartige Inkonsistenzen hat erst neuerdings Dr. Guido Leber in seiner Abhandlung über das Wahlprüfungsrecht des Reichstages nachgewiesen. Was aber für die Wahlprüfung gilt, ist auch auf das Budgetrecht, die parlamentarische Rechnungs kontrolle usw. anwendbar. Ein solches Schwanken des Reichstages in seinen Entscheidungen muß zweifellos das Vertrauen zu der gesetzgebenden Körperschaft gefährden. Deshalb ist es dringend notwendig, ein Mittel zu schaffen, das eine größere Einheitlichkeit in den Entscheidungen des Reichstages herbeizuführen vermag. Dieses Mittel dürfte in einer Kodifikation des deutschen Parlamentsrechts zu suchen sein und das um so mehr, als bereits in anderen Staaten mit einem solchen Parlamentsrechtshandbuch die besten Erfolge erreicht worden sind. Wir nennen das Werk Pierres für Frankreich, Mayrs für England, Manzinis für Italien. Nur Deutschland besitzt ein solches Werk nicht. Der Wunsch nach einem solchen ist im Reichstag allgemein. Für die Bearbeitung der Materie würde Prof. Katalich sehr geeignet sein; dieser stellt sich auch zur Verfügung, wenn er einen entsprechenden Auftrag vom Reichstag erhält. Nach Döhrn wird der Vorstand des Reichstages sich mit dieser Frage befassen.

Kaiser Wilhelm und Präsident Gallucci sollten laut einem Gerücht nächstens zusammentreffen. Wie der Berliner Korrespondent der „Straßb. Post“ schreibt, ist jedoch in dortigen amtlichen Kreisen von einer solchen Zusammenkunft nichts bekannt, es ist bisher auch von keiner Seite dazu eine Anregung gegeben, weil man sich wohl in Berlin wie in Paris sagt, daß der Zeitpunkt für eine solche Begegnung noch nicht gekommen ist. Ueber die Reisepläne des Kaisers ist noch nichts Bestimmtes bekannt, es steht auch nicht fest, ob und wann er mit dem König von Italien zusammentreffen wird. Programmäßig will der Kaiser am Dienstag, den 13. April, von Berlin fortfahren und möglichst schnell nach Rom durchreisen. Für Benedig ist nur ein ganz kurzer Aufenthalt geplant, dessen Dauer wohl von Wetter abhängen dürfte. Dagegen ist es nicht unmöglich, daß der Kaiser von Rom aus einzelne italienische Küstenstädte, vielleicht auch Messina aufsuchen wird. Neuerdings taucht das Gerücht auf, in Messina sollten der deutsche Kaiser und der König von England und Italien zusammentreffen. Aber auch das ist bloß Gerücht.

Zur Lage der Reichsfinanzreform erinnert die „Germania“ wieder daran, wie es die Regierung war, welche die Lösung der Frage 1907 zuerst hinausgeschob, um den Linken etwas Zeit zu lassen. Die Regierung hat deshalb kein Recht, anderen einen Vorwurf der Verzögerung zu machen, wie dies in der „Nordd. Allg. Zig.“ geschah. Heute steht die Sache allerdings so, daß nicht einmal die erste Lösung der Reichsfinanzreform zu Ende ist. Nur die Brauksteuer fand eine Mehrheit „mit Vorbehalt“, die Verträge selbst aber wurde für die mittleren Brauereien dergestalt verschlechtert, daß sie in dieser Form nicht abgeschlossen werden kann. Eine sichere Mehrheit ist für diese Steuer nicht da. Die Kommission selbst hat daneben nur einen Beschluß noch gefaßt: das Vermögenskompromiß, von dem heute jedermann eingestuft, daß es nicht abgelehnt werden kann. Aber sonst ist gar alles in der Schwebe. Die Tabaksteuer ruht in der Subkommission; die Nachlaststeuer ist abgelehnt, die Elektrizitätssteuer wurde verworfen, die Zueratensteuer liegt im Orkus, die Weinsteuer wurde in der Subkommission abgelehnt. Nur an der Brauksteuer arbeitet die Kommission und sie kann mit dieser gegen Ende

der Bundestag ihm soeben zugestimmt hat. Der Entwurf bezweckt, die Verwendung der zu dem ermäßigten Zollsatz von 1,30 M. pro Doppelzentner als Futtermittel aus dem Ausland eingeführten Gerste als Braugerste zu verbieten, für welche der Zollsatz bekanntlich 4 Mark beträgt. Eine derartige Verwendung soll infolge der Schwierigkeit der Unterscheidung bei der Verfolgung in ziemlich umfangreichem Maß stattfinden, ohne daß gegenwärtig Strafbestimmungen dagegen in Anwendung gebracht werden könnten. Es ist sogar zweifelhaft, ob eine nachträgliche Zollverbedung für zu gering verzoollte Gerste rechtlich zulässig ist. Der Entwurf bringt daher ein ausdrückliches Verbot der zollwidrigen Verwendung von Gerste mit entsprechenden Strafbestimmungen für denjenigen, der Gerste zu Brauwedern verwendet, von der er annehmen muß, daß sie als Futtermittel verzoollt ist. Außerdem sieht der Entwurf eine teilweise Färbung der Futtermittel vor, um sie als solche ohne weiteres kenntlich zu machen.

Die Maßregel ist sehr zu begrüßen und entspricht ganz dem, was z. B. unsere badischen Konserwativen auf dem letzten Landtag in einer Interpellation anreagten. Ein Handbuch des Parlamentsrechts fordert Abg. Graf v. Doppersdorf für den Reichstag und er kann sehr gewichtige Gründe hierfür ins Feld führen. Der Reichstag hat nämlich wiederholt, insbesondere in den Kommissionen, Beschlüsse zustande gebracht, die mit früher getroffenen Entscheidungen derselben Kommission oder des Plenums nicht in Einklang zu bringen waren. Es hat sich sogar beobachtet lassen, daß in demselben Falle zu verschiedenen Zeiten verschiedene Beschlüsse gefaßt worden sind. Derartige Inkonsistenzen hat erst neuerdings Dr. Guido Leber in seiner Abhandlung über das Wahlprüfungsrecht des Reichstages nachgewiesen. Was aber für die Wahlprüfung gilt, ist auch auf das Budgetrecht, die parlamentarische Rechnungs kontrolle usw. anwendbar. Ein solches Schwanken des Reichstages in seinen Entscheidungen muß zweifellos das Vertrauen zu der gesetzgebenden Körperschaft gefährden. Deshalb ist es dringend notwendig, ein Mittel zu schaffen, das eine größere Einheitlichkeit in den Entscheidungen des Reichstages herbeizuführen vermag. Dieses Mittel dürfte in einer Kodifikation des deutschen Parlamentsrechts zu suchen sein und das um so mehr, als bereits in anderen Staaten mit einem solchen Parlamentsrechtshandbuch die besten Erfolge erreicht worden sind. Wir nennen das Werk Pierres für Frankreich, Mayrs für England, Manzinis für Italien. Nur Deutschland besitzt ein solches Werk nicht. Der Wunsch nach einem solchen ist im Reichstag allgemein. Für die Bearbeitung der Materie würde Prof. Katalich sehr geeignet sein; dieser stellt sich auch zur Verfügung, wenn er einen entsprechenden Auftrag vom Reichstag erhält. Nach Döhrn wird der Vorstand des Reichstages sich mit dieser Frage befassen.

Behandlung einer großen Frage sehr klein gezeigt hat. Gätten wir heute einen geschlossenen liberalen Block, so würde es besser um die Aussichten für die liberalen Parteien, aber es geht nun einmal nicht, mit dem einen Auge nach rechts und mit dem anderen nach links zu schauen. Mit dem liberalen Block wurde auch ein für allemal die Hoffnung begraben, dem Zentrum eine ähnliche Enttäufung wie 1905 zu bereiten.

Wenn die Herrschaften im nationalliberalen Lager schon jetzt sich darauf gefaßt machen, daß die nächste Kammer eine Mehrheit aufweisen wird, die aus Zentrum und Konserwativen besteht, dann werden wohl auch wir darauf hoffen können. Wir sind aber durchaus nicht der Meinung, daß „ein geschlossener Block“ die Aussichten des Liberalismus verbessern würde. Gegen Zentrum und Konserwativen werden die vier liberalen Gruppen so „geschlossen“ sein wie in einem Block.

„Es geht nicht, mit dem einen Auge nach rechts und mit dem anderen nach links zu schauen!“ Wer ist es denn, der solches praktiziert? Das ist doch ein sehr fatales Zeugnis über den Führer der eigenen Partei! Wo auch nach Ängern muß Obfischer eine Dankagung schicken!

Es kommt insofern noch anfangen. Der Gewässermann der „Bad. Nachr.“ schreibt weiter: „Und selbst mit dem besten Willen werde ich heute nicht mehr einreden, was in den letzten Monaten aus dem Gleichgewicht gebracht wurde. Die fatalen „letzten Monate“ umspannen die Ära Obfischer. Es ist sehr bitter, daß der Herr aus dem eigenen Lager heraus sich solches muß jagen lassen.“

Und nun auch noch die Gegenüberstellung mit Bader in der Eigenschaft als „Steuermann“! In Gegenwart zu Bader wird er unterbleibt in aller Deffentlichkeit als unfähig für dieses Amt bezeichnet! Das ist des bitteren fast zu viel für einen Herrn von Obfischer Art.

Zu allerletzst bekommt er noch einmal eine bittere Bille dargereicht, indem der Gewässermann der „Bad. Nachr.“ schreibt:

„Doch wäre es gründlich verfehlt, den Wagen heute einfach laufen zu lassen. Wären sich noch in letzter Stunde alle einseitigen und fleißigen Elemente darin einig fände, so retten, was überhaupt noch zu retten ist. Das könnte geschehen, wenn nochmals der Versuch einer Einigung gemacht würde. Und zwar liegt es an den Anstän, der Sache ein persönliches Opfer zu bringen. Es liegt sich bei gutem Willen auf beiden Seiten sicher ein Modus vivendi finden, der aus dem derzeitigen untragbaren Wirrwarr hinausführen würde.“

Der „derzeitige untragbare Wirrwarr“! Das muß doch eine merkwürdige „Geradeauspolitik“ sein, die in solche Zustände hineinmüht! Es klingt sehr resigniert, wenn gesagt wird: „zu retten, was überhaupt noch zu retten ist.“

Aber das Mittel! „Es liegt an den Konjunkt, der Sache ein persönliches Opfer zu bringen!“ Von dem „Konjunkt“ ist natürlich Obfischer „der erste“. Vom Kaiserwerden wird insofern kaum die Rede sein können. Was mit dem „persönlichen Opfer“ gemeint ist, läßt sich unmöher erraten. Welchen Einbruch die neuerdings öffentlich ausgesprochene Zustimmung auf Obfischer machen wird, läßt sich gleichfalls sehr leicht erraten. Wenn das helfen soll, dann wird überhaupt nicht mehr zu helfen sein.

So haben sich die Leute den Gang der Dinge nicht gedacht, die Herrn Obfischer wie einen prädestinierten Retter der nationalliberalen Partei begrüßten. So hat natürlich auch er selbst die Entwicklung sich nicht gedacht. Um so mehr sollte man endlich erwarten dürfen, daß er die starken Herausforderungen unterläßt, welche bisher in seinen Reden eine bedeutende Rolle gespielt haben.

Deutschland.

Berlin, 8. April 1909

Als Erbschaftsteuer arbeitet nach dem „Frankf. Kur.“ das Reichshofamt vorläufig an einer Zündholz- und einer Kohlensteuer und einer Erhöhung des Kaffeepreises. Es hat jedoch weder eine Verständigung mit den Blockführern noch mit dem Bundesrat stattgefunden, nur Unterhandlungen fanden statt. Die Kohlensteuer soll abgelehnt worden sein. Die beiden anderen Steuern aber dürften kommen.

Vom Versteuern. Ein Gegenentwurf gegen zollwidrige Verwendung der Gerste, wird, wie der „Schwäb. Merkur“ erfährt, zur Ergänzung des Zolltarifgesetzes nach den Osterferien den Reichstag beschäftigen, nachdem

Dieses Monats fertig werden. Vor Mitte Mai hat sie nach dem heutigen Tempo die 2. Leistung nicht beendet, und dann hat man nur einen Torso; denn für 100 Millionen Mark Besitzsteuer, 20 Millionen Mark Einkommensteuer, 50 Millionen Mark Erbschaftsteuer und 35 Millionen Mark Inzineratensteuer ist bisher kein Erfolg angeboten worden. Ob aber dieser Teil eine Mehrheit findet, ist heute noch unklar, als vor Jahresfrist.

Was allein klar ist, das ist die Schuld des nationalen Blods und der Regierung an diesem Zustand. Sogar das Organ des evangelischen Bundes, die „Tagl. Rundschau“, schrieb, wenn das Zentrum nicht ausgeschaltet wäre und die Führung der Geschäfte hätte, dann wäre die Frage längst gelöst. Die „Germania“ schreibt treffend zum Schluss:

„Wir trauen der Stunde, und diese Stimmung ist nicht geeignet, hohe politische Engagements einzugehen, wie ein solches in der Bewilligung von 500 Millionen Mark neuer Steuern liegt. In der Mehrheit traut kein Teil dem andern und gar niemand dem „geschichtlichen Menschenfänger“ Bülow, der nur noch nehmen und nichts mehr geben kann. Rechts ist das Vertrauen dahin, links schwindet es langsam; nur Dr. Arentz ruft dem Reichstagskanzler noch ein „Sehr richtig!“ zu. Dieses Vertrauen wird auch nach Ostern noch vorherrschen, wenn die Regierung nicht für Klarheit sorgt. Klarheit, welche Klarheit muß zuerst darüber geschaffen werden, ob die Regierung die Reichsfinanzreform nur aus den Händen des Blods nehmen will oder nicht. Bis heute sieht niemand klar in dieser entscheidenden Frage. Das Zentrum hat gar kein Interesse an der Beantwortung, es kann in der Reserve bleiben und alles, gar alles abwarten. Aber die Bundesstaaten haben alles Interesse an der Beantwortung dieser Frage und nicht minder die Wissenschaft. Ohne Reichsfinanzreform kann diese nicht mit der Aufhebung rechnen, und die Bundesstaaten müssen einfach 216 Millionen Mark an das Reich bezahlen, wenn im Laufe des Jahres keine neuen Einnahmen kommen. Die Gebuld der Einzelstaaten ist daher zu befragen; denn sie sind die Leidtragenden bei dem heutigen Stand der Dinge. Die Einzelstaaten haben an der Fortdauer des Blods gar kein Interesse, wohl aber ein sehr hohes an dem Zustandekommen der Steuerreform. Wenn sie jetzt weiter die Hände in den Schoß legen, dürfen sie nicht 1912 kommen und jammern, daß sie die Gelder nicht bezahlen können. Jede Stunde Verzögerung rächt sich bitter, darum müssen die Einzelstaaten vom Reichstagskanzler volle Klarheit darüber fordern, wie er die Reichsfinanzreform zu machen gedenkt. Wenn es wahr ist, daß er den Blod hiermit beauftragt will, gut. Aber wenn der Blod bis Pfingstmontag die Reichsfinanzreform nicht fertig hat, kann sie das Zentrum am Pfingstmontag auch nicht machen. Darum muß sofort Klarheit geschaffen werden über die Fragen: 1. sollen die neuen Steuern vom Blod geschaffen werden? 2. rechnet die Regierung mit wechselnden Mehrheiten? Wenn auf diese Fragen keine Antwort erfolgt, dann trifft die Schuld für das etwaige Scheitern der Reform nur die Regierung und den Bundesrat mit. Das Berichtspielen muß ein Ende nehmen; nach Klarheit ruft man in allen Parteien des Reichstages. Diese Klarheit brachte auch die letzte Rede des Reichstagskanzlers nicht.“

Ausland.

Balkanstaaten.

X Montenegro. Nun hat man sich auch in Cetinje entschlossen, die Waffen niederzulegen. Auf einen Vorstoß der italienischen Regierung erklärte sich Montenegro in seiner Antwort bereit, sich in der Migrationsfrage dem Beschluß der Mächte anzupassen, mit Oesterreich-Ungarn gute Beziehungen zu pflegen und den Charakter Antiruss als Grundsatz zu haben und zu wahren. Damit wird ausdrücklich betont, daß Antiruss nicht in irgend einer Form eine militärische Bedeutung erhält und aus den von Oesterreich-Ungarn zugetragenen Erleichterungen für die Monarchie ein erheblicher strategischer Nachteil erwachse. Mit dem Entschluß Montenegro ist die letzte Konfliktmöglichkeit an unseren Südgrenzen beseitigt.

Aus Rom wird vom 7. April gemeldet: Offiziell wird folgendes bekannt gegeben: Montenegro hat sich mit der italienischen Formel betreffend Aufhebung des Artikels 29 des Berliner Vertrages einverstanden erklärt. Die diesbezügliche amtliche Verlautbarung in Cetinje erfolgt heute abend.

Zur türkisch-bulgarischen Verständigung. Bei den Verhandlungen handelt es sich um folgende Punkte: 1. Durch die russisch-türkischen Abmachungen sind 43 Millionen Franken (ein Geschenk Russlands an Bulgarien) für die Abfindung der Türkei unter dem Titel „Staatsdomänen“ bestimmt worden. Staatsdomänen der Türkei in Bulgarien oder Osttrameien sind dort ganz unbekannt Dinge gewesen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß, eben weil Begriffe fehlten, das Wort sich zur rechten Zeit eingestellt hat.

Kirchliche Nachrichten.

St. Maurice, 6. April. Mons. Paocoli, Bischof von Velletri und Abt von St. Maurice, ist heute morgen gestorben. Er war geboren 1823, und machte seine Studien in St. Maurice, wo er in der Folge als Lehrer wirkte. 1889 wurde er zum Bischof ernannt.

— Pfälzer-Landes-Vierjahresfest. 9. bis 20. August ab Neustadt a. S. Paris, Bordeaux, Biarritz, San Sebastian, Lourdes, Toulouse, Marseille, Lyon, Ars. Keine Nachtfahrt. Logement in erstklassigen Hotels mit voller Verpflegung und Eisenbahnfahrt 2. Klasse 300 M., 3. Klasse 250 M. Prospekt durch Pfarrer Dr. Fuchs, Trippstadt, Pfalz.

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 8. April 1909.

Orch. Hoftheater. Die Oper eröffnet jetzt, wo es allmählich dem Schluß der Saison entgegengeht, eine reiche Tätigkeit, als wie zu Anfang derselben. Die Entfaltung aus dem „Serail“ von Mozart, Hoffmanns „Ramon“, die beiden Opern (oben die kleinen) „Richard“ u. kommen jetzt nach zur Aufführung. Das letztere Werk, eine bessere Operette, wird von Herrn Chorleiter Hofmann, die beiden erstgenannten von Herrn Hofkapellmeister Lorenz geleitet und dirigiert werden. Sensation wird jedenfalls das Gastspiel der Bräutler Koloraturdämonin Frau Simon machen, die eine ganz außergewöhnliche „Salme“ sein soll.

— In den Vorstand der Kunstgenossenschaft Ortsverein Karlsruhe I wurden in der Mitgliederversammlung vom 16. März ds. J. gewählt: Walter Hermann, Walter Moos, Vorsitzender, Walter Roland, Walter, Schriftführer, Walter Georg, Hesse, Schatzmeister, Walter Professor, Wilhelm, Hofmann, Weißer, Walter, Heinrich, P. Forst, Weißer, Walter, Franz, W. Altschick, Weißer.

wie bei der 2 1/2 Millionen Pfund Entschädigung für Bosnien. Die Bulgaren wollen nun alle Forderungen der Türkei, außer der auf die Bahn bezüglichen, unter diesen Titel bringen, z. B. Walfang, Beuchtläre usw., wobei die Türkei kein schlechtes Geschäft macht und Bulgarien auch zufrieden ist. Es bleiben dann noch ganz unbedeutende Beträge für Post und Telegraphen und für die internationale Sanitätsverwaltung in Konstantinopel zu begleichen. 2. Die Eisenbahnfrage, d. h. die Frage, wie hoch die Entschädigung sein soll, die Bulgarien an die Türkei als Besitzerin des von Bulgarien weggenommenen Stückes der Bahn zu zahlen hat. Diese Frage ist verbunden mit der verwickelten Forderung, die von der Gesellschaft der Orientalischen Bahnen als Bästern des genannten Stückes der Bahnen an die Bulgaren gefordert wird. Es sind durch das russisch-türkische Protokoll 40 Millionen Franken als Entschädigung der Türkei und der Bahn bestimmt worden. Dieser Betrag ist indessen ohne Zustimmung der Orientalischen Bahnen festgelegt worden und wird von diesem saum als Grundlage einer Teilung angenommen werden. Man hofft in einem Monat zu einer Einigung zwischen Türkei, Orientbahn und Bulgarien zu gelangen. 3. Die Schlussfrage ist die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens durch die Türkei. Günstig für Bulgarien ist, daß die Türkei den Wunsch hat, zuerst die förmliche Anerkennung auszusprechen, der dann die beiden Mächte beizustimmen hätten. Bedingungen, die vor der Anerkennung der Unabhängigkeit zu erfüllen wären, gibt es außer der Entschädigung für die Eisenbahn nicht. Sobald die Verhandlungen über diese Punkte zu gutem Abschluß gelangt sind und die Anerkennung der Unabhängigkeit ausgesprochen ist, werden andere Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien folgen (Grenzverehr, Grenzschutz, Handelsvertrag, Auslieferungsvertrag), von denen man sich viel für Herstellung guter Beziehungen verspricht.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Da sich bei der Regelung der russisch-türkisch-bulgarischen Entente einige Schwierigkeiten ergaben, tritt der russische Botschafter seine Urlaubreise erst im nächsten Monat an.

Türkei.

Die Dardanellenfrage. Wie der „Berl. Lokalan.“ aus Paris meldet, versicherte man seinem Korrespondenten in gut unterrichteten Kreisen, die Fortsetzung gegenwärtig eine gewisse Geneigtheit zur Ausarbeitung eines Regals, um den Wünschen Russlands hinsichtlich der Fahrt durch die Dardanellen entgegenzukommen. Frankreich und mit gewissen Vorbehalten auch England seien bereit, auf diesen Erfolg zu verheßen und streben die Unterstützung der Dreimächte an. — Die Durchfahrt nichttürkischer Kriegsschiffe durch die Dardanellenstraße wurde schon im Jahre 1841 infolge Leberinoffens der fünf Großmächte unterlegt, ein internationales Verbot, das 1856 im Pariser Frieden und 1871 durch das Londoner Protokoll neuerlich befestigt wurde und heute noch Geltung besitzt. Maßstab beschaffe sich aber eine Erleichterung dieser für seine Seemacht überholt hemmenden Maßregel, indem es 1891 mit der Worte ein Abkommen traf, wonach den Schiffen der sogenannten „Freiwilligen Flotte“ die Durchfahrt nach vorher erfolgter Anzeige gestattet wurde.

— Das österreichisch-türkische Ententeprotokoll ist von der türkischen Kammer angenommen worden mit 136 gegen 46 Stimmen bei 10 Stimmenthalten. Die Sitzung, die geheim war, verlief sehr stürmisch. Mehrere Abgeordnete verlangten die Verlesung der Debatte auf Dienstag. Die Albanesen grüßen die Regierung an, weil sie einen Teil des Reiches für eine geringe Summe verkauft habe. Auf Verlangen des Cabinets, daß die Verlesung der Debatte, wurde jedoch beschlossen, die Debatte fortzusetzen.

Frankreich.

— Die Folgen des Trennungsgesetzes treten noch immer hervor. Durch eine Reihe von Dekreten hat sich der Staat in den Besitz der Kunstwerke gesetzt, die sich in 12 Museen in den bischöflichen Palästen oder in den großen Seminaren befanden. Es handelt sich um über 900, zum Teil höchst wertvolle Objekte.

Eine Gruppe von Familienmüttern hat nach vorhergegangener Sammlung von Zustimmung-Unterchriften bei dem Unterrichtsminister Schritte in Sachen des Schulunterrichts getan. Es sind nicht aristokratische Damen, sondern Frauen aus dem Volke, die sich zu Doumergue begaben, um gegen die Verletzung der Neutralität der Schule zu protestieren und Barmherzigkeit gegen die gerichtlichen Drohungen einzulegen, mit denen man die Eltern vom Protest abzuhalten sucht. Die Frauen haben dem Unterrichtsminister frei herausgesagt, sie würden ihr Erziehungsrecht an den Kindern auch durch staatliche Geleise nicht verflümmern lassen. Wenn Doumergue sein Gesetz nicht zurückziehe, werde er auf einen hartnäckigen Widerstand bei dem Versuch der Durchführung stoßen. Die in ihren Rechten bedrohte Familie sei ein Feind, gegen den kein Staat im Grunde anknüpfen könne.

Baden.

Karlsruhe, 8. April 1909.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst gerührt, von Notar Otto Stuber in Baden in den Amtsgerichtsbezirk Redarbischoheim zu versetzen. Vom Justizministerium wird demselben das Notariat Redarbischoheim angewiesen. Ferner wurde der Bezirksrat Dr. Alois Dürger in den Besitz in gleicher Eigenschaft nach Redarbischoheim und der Bezirksrat Karl Reichstein in Redarbischoheim in gleicher Eigenschaft nach Redarbischoheim versetzt. Durch Entschließung des Großherzogs, Ministerium des Innern ist der Regierungsbaumeister Emil Schmidt in Donaueschingen zur Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus versetzt worden.

Der „Badische Landesbote“

macht sich darüber lustig, daß ein hiesiges Blatt auf den Aprilscherz, die Einführung des Kilometerbests sei am 1. April mit sofortiger Wirkung beschlossene worden, hereinfallen ist. Wie der „Landesbote“ das so hat, zieht er sofort einen Schluss auf die Gediegenheit der Berichterstattung jenes Blattes heran. Daß das eine gänzlich unbedeutende Verallgemeinerung ist, ist ganz klar. Daß aber der „Landesbote“ Grund hätte, zunächst für den eigenen Tiran zu fechten, zeigt folgender Artikel in derselben Nummer des „Landesboten“:

„60 Milliarden unversehrt. In der Aprilnummer der „Freiwilligen“ hat Professor Delbrück wieder eine ganze Reihe Zuschriften veröffentlicht, aus denen hervorgeht, wie groß die Zahl der Ländliche Grundbesitzer ist, die sich in erheblichem Umfange ihrer Steuerpflicht zu entziehen trachten. Professor Delbrück ist der Ansicht, daß infolge dieser Steuerhinterziehungen auf dem Land 60 Milliarden des Gesamtvermögens unversehrt bleiben.“

Wenn der „Landesbote“ seinen Lesern gediegen berichten wollte, so dürfte er unter keinen Umständen so berichten; denn die ganze Notiz ist unrichtig, insofern es Delbrück gar nicht einfällt, die ländlichen Grundbesitzer allein zu beschuldigen und nur von Steuerhinterziehungen „auf dem Land“ zu sprechen. Delbrück sagt vielmehr ausdrücklich, es sei kritisch, wo die größten Sünder seien, ob in der Landwirtschaft oder in Industrie und Handel. Der „Bad. Landesbote“ berichtet daher direkt falsch und dazu in einer keineswegs unbedeutenden Sache und ist daher nicht berufen über die Gediegenheit der Berichterstattung anderer Blätter zu Gericht zu sitzen.

Wie wenig der „Landesbote“ gewonnen ist, seine Leser objektiv zu berichten, zeigt auch folgende Leistung. Er berichtet, wie der Zentrumsabgeordnete Herold sich auf einem Parteitag über die Reichsfinanzreform ausgesprochen habe und macht dazu seine eigenen Aussagen. Herold sagte: „Das Zentrum wird sich Zurückhaltung auferlegen, um durch weitere Eingriffe die Reform nicht zu gefährden.“ Dazu bemerkt der „Landesbote“: „In Wirklichkeit um sie zu gefährden und für sich reich zu machen.“ Das ist wiederum eine glatte Unwahrheit und Verächtlichung des Zentrums. Weis der „Landesbote“ oder weiß er es nicht, daß es kein anderes Ziel haben, als das Zentrum auszuscheiden? Weis er es, daß ein Zentrumsvorschlagn in der Reichsfinanzreform lediglich die 2 1/2 nicht angenommen wurde, weil er dem Zentrum stammte und zwar von demselben Abg. Herold, der auf dem Parteitag sprach? Wenn der „Bad. Landesbote“ das nicht wüßte, dann wäre das wiederum ein Verweis darauf, daß er seine Leser keineswegs „gediegen“ berichtet. Weis er es aber, dann ist es um so schlimmer, weil er dann gegen besseres Wissen das Zentrum verleumdete. Der „Landesbote“ hat freilich noch nie sich Mühe gegeben, gegen den Strom zu schwimmen. Und zur Zeit ist die Verleumdung des Zentrums an der Tagesordnung. Weis es Zurückhaltung, dann heißt es, das Zentrum wolle nicht mitarbeiten zum Wohle des Vaterlandes; macht es Vorschläge, dann heißt es, das Zentrum bietet sich an, um den Blod zu sprengen. Bei dieser ganz nichtswürdigen Art, das Zentrum zu behandeln, zu der freilich von oben herunter das Beispiel gegeben wird, darf der fröhlich im großen Strom schwimmende „Landesbote“ selbstverständlich nicht fehlen.

Proporz in den Städten.

Die „Freiwill.“ schreibt: „Die nächsten Landtagswahlen werden — man kann das heute schon voraussagen — den Gedanken nahelegen, wie gut es wäre, wenn der Proporz“ wenigstens für die Städte mit mehreren Abgeordneten eingeführt wäre. Es ist das ein Vorschlag gewesen, den I. J. neben Gager und Wöhlermann auch die „Freiwill.“ gemacht hat, auf den leider der Landtag bei der Wahlreform nicht eingegangen ist. Nun kann es unter Umständen kommen, daß in Städten wie Mannheim, Pforzheim, Karlsruhe den liberalen Parteien weitere Sitze verloren gehen, was beim Proporz vermieden würde. Beim Proporz beläme jede Partei die ihr gemäß der erhaltenen Stimmenzahl gebührenden Mandate. Es ist wenig schade, daß die Liberalen in Landtag 1904 nicht seit an dem Proporz befanden sind, für das ganze Land einzuführen nur anzusetzen wäre. Wir glauben nicht, daß heute noch die gleichen Bedenken bei der Regierung gegen den Proporz vorhanden sind wie im Jahre 1904. Die Erfahrungen von dem Wahlen 1905 und nachher dürften doch etwas zu denken geben. Würde das Land in einzelne größere Wahlkreise eingeteilt (analog des Kreisbezirks), so würden dem Proporz erst recht keine Bedenken mehr entgegen. Wir wenigstens werden den Proporz-Gedanken nicht mehr ruhen lassen.“

Daß der Proporzgedanke für die großen Städte das einzig richtige wäre, hat man im Zentrum längst gemeint. Wenn die Regierung im Jahre 1904 gewillt hätte, dann hätten wir heute den Proporz.

Politische Bräutigampädagogik.

Der Entwurf eines neuen sozialdemokratischen Parteistatuts wurde jüngst veröffentlicht. Er wird der Genehmigung des nächsten sozialistischen Parteitag unterliegen. Das Statut enthält einen Kampfsparagrafen, nach dem jeder, der wiederholt in „beunruhigender Weise“ die Parteinteressen schädigt, aus der Partei soll ausgeschlossen werden können. In dem Statut, die den „Sozialistischen Monatsheften“ nahesteht, sieht man recht wohl, für wen dieser Kaliber in erster Linie bestimmt ist. Einer der sechs einst aus der Redaktion des „Vorwärts“ geflohenen, Wilhelm Schröder, schreibt nun in Nr. 6 der „Sozialistischen Monatshefte“ in einem Artikel „Politische Bräutigampädagogik“:

„Es wird zur Ehre solcher mit Ausschluß bedrohten Parteigenossen anzunehmen sein, daß sie dennoch und, wie gesagt, sogar schärfer als sonst verfahren, was sie für ihre eheliche Meinung halten.“ Politischen Wunden im Sinne der Orthodoxie hat der von der Kommission beschlossene Zusatz zu den Ausschlußbestimmungen also wahrscheinlich nicht. Es sei denn, man betrachte es als einen Kupon, daß fortan etwa die Meinungen schärfer aufeinanderberufen als bisher, weil doch niemand, der eine vom Abgeordneten abweichende Meinung vertritt, den häßlichen Verdacht aufkommen lassen möchte, daß er sich durch den Anblick des Galgens in der Stundgebung seiner wahren Gesinnung betren ließe.“

Wie wird unter solchen Umständen unserer badischen Revisionisten?

Konstantin. Herr Geh. Finanzrat Reichstagsabgeordneter Friedr. H. u. G. hat den päpstlichen Gregorius-Orden und Herr Rechtsanwalt Karl Beyeler den päpstlichen Sulzberger-Orden erhalten, beide zum 70. Geburtstag.

Kleine badische Chronik.

o Karlsruhe, 6. April. Das Präsidium des badischen Militärvereinsverbandes veröffentlicht folgende Mitteilung: „Aus verschiedenen Zeitungen entnehmen wir folgendes: „Der Veteran Schäfer Johann Maier aus Winterlingen war den Unbilden der Witterung zum Opfer gefallen. Halb erkrankt wurde der alte Mann nach Weiskirch ins Krankenhaus gebracht, wo er nach 24 Stunden starb. Sein Leichnam wurde in die Anatomie nach Freiburg überführt.“ — Leider hatte weder das Präsidium des Militärvereinsverbandes noch einer der vom badischen Militärvereinsverbande angehörenden Militärvereine Kenntnis von diesem traurigen Schicksal unseres verdienten Kameraden.

Maier erhalten. Wir sind fest überzeugt, daß wenn der dem Militärvereinsverband angehörende Militärverein Weiskirch über ein anderer unterer Vereine Kenntnis erhalten hätte, er dafür Sorge getragen haben würde, aus Mitteln des Vereins oder aus solchen des badischen Militärvereinsverbandes dem kriegsgenossen Kameraden ein ehrenvolles Begräbnis und eine würdige Beisetzung zu bereiten. Im Beauftrag des Verstorbenen, in Winterlingen, befehlt sein Militärverein.“

Die Landwirtschaftskammer

hat in letzter Zeit Verhandlungen zur Verbesserung der Bewirtschaftung von Privatwäldungen abgehalten. Im Aufschluß daran fanden Besprechungen und Besichtigungen von Privatwäldern statt. Die Besichtigung und das Interesse der Landwirtschaft für diese Besprechungen war sehr groß. Bekanntlich hat die Landwirtschaftskammer auch die Vermittlung von Forstplätzen übernommen; es hat dadurch jeder Landwirt und Waldbesitzer Gelegenheit, sich bei Bedarf von Forstplätzen dieser unentgeltlichen Vermittlung zu bedienen und Auskunft und sachverständige Beratung für die Anlage und Bewirtschaftung von Privatwäldungen einzupolieren.

Lokales.

Karlsruhe, 8. April 1909.

h. Goldene Hochzeit. Der frühere langjährige Karlsruher Bürgermeister Kramer, welcher in Lieberting im Ruhestand lebt, feiert mit seiner Gemahlin am 8. Mai d. J. in voller Mäßigkeit das Fest der goldenen Hochzeit.

+ Verhaftet aus Egenstein. Der von der Staatsanwaltschaft Rempten wegen Betrugs im Rückfall, ein 19 Jahre alter Schlosser aus Egenstein, der vom Amtsanwalt in Schleifried wegen Körperverletzung verfolgt wird, und eine 27 Jahre alte ledige Stellenlose Konstantin aus Münden, die sich am 7. Mai v. J. bei einem Schreiner in der Oststadt unter der Vorpiegelung, sie besäßen ein Vermögen von 30 000 M., einmietete und ihren Koffer als Leihgeber unter allen möglichen Androhen so lange hinhaltete, bis ihre Schuld für Koffer, Wohnung und Verpflegung bis auf 550 M. ausgemacht war.

Vermischte Nachrichten.

o Remel, 6. April. Wie dem „Remeler Dampfboot“ gemeldet wird, hat der Sturm, der in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag auch einen Remeler Dampfbote in der Schwarzwaldsee zum Strand brachte, an der beachtlichen Menge schwere Verluste an Menschenleben gefordert. Aus einer Reihe von Fischbooten zwischen Müßlich-Bölangen und Rimmerfort sind insgesamt zehn Fischerboote mit circa 40 Mann Besatzung verloren gegangen. Zwei der Boote wurden unweit Rimmerfort und eins bei Straßfeld leer auf den Strand geworfen.

o Breslau, 6. April. Eine Veranlassung freireisender Arbeiter in Kagenbelleau bedroht mit übermäßiger Majorität, den Ausstand weiter fortzusetzen. Es werden daher am 10. April sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie in Kagenbelleau, Petersbald und Reichenbach, welche Mitglieder des badischen Textilarbeiterverbandes sind, entlassen werden.

o H. Gelle, 6. April. Die Revision des früheren Reichstagsabgeordneten Held in seinem Beleidigungsprozess wurde vom Oberlandesgericht verworfen.

o H. Halle a. d. S., 7. April. Ein großes Schandfeuer brach in der vergangenen Nacht in der Pflanzerei und Holzfabrik der Firma Erenberg u. Cie. aus. Nach zweiwöchentlichem Tätigkeits gelang es der Feuerwehr, den Brand zu löschen. Die Feuerbestände-Anlage mit wertvollen Maschinen brannte völlig aus. Die Ursache des Brandes ist Selbstentzündung der Treber. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

o H. Auerbach, 8. April. Der Hochwasserstand in Bayern ist nunmehr von der Behörde festgestellt worden. Der Gesamtwasserstand beträgt danach für die Privatigentümer über 8 Mill. M. Dazu kommen noch etwa 1 1/2 Mill. M. für zerstörte Gemeindegüter und Anlagen.

o H. Bern, 7. April. Der Reichsrentenrat Ritter aus Zürich reichte im Hof Palast seinen Reserver, wobei ein Sachschickung. Sein Kamerad, Rentner Weiser aus Burgdorf (Kanton Zürich), wurde dabei getötet. Ritter, der verhaftet wurde, wird vor ein Kriegsgesicht gestellt werden.

o H. Prag, 7. April. Auf dem hiesigen Schachte der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft in Stabos ist heute ein Streik der Arbeiter ausgebrochen. Es streiken über 6000 Leute. Die Behörde hat etwa 300 Mann zum Schutze des Schachtes zuzunehmen lassen. Die Ursache des Streiks sind Lohnhöherungen. Bisher hat sich kein Zwischenfall ereignet.

o H. Paris, 6. April. Der Sekretär des General-Sekretariats der Arbeiter erklärte in einem Interview, die öffentliche Meinung rege sich zu Unrecht auf über die Frage der Verhandlungen der Arbeiterinstitute vom Sonntag. Die Arbeiter würden seiner Ansicht nach vorzüglich von jedem revolutionären Mittel absehen, da dies für sie im Augenblick auszuwirken sei. Man werde nur den Zweck verfolgen, einzuschüchtern und dem Schindler neue Mitglieder zuzuführen. Ein Generalstreik oder eine revolutionäre Bewegung wäre nicht als drohend zu bezeichnen.

o H. Mailand, 7. April. Auf seiner Automobilfabrik von Padua nach Verona verunglückte gestern abend Graf Giambattista Verriani und blieb sofort tot.

o H. Konstantinopel, 7. April. Ungeheures Aufsehen erregt ein gestern am Vitternaat vertriebenes Revolverattentat auf den Oberdeputierten des liberalen Organs „Serbeit“, Hassan Schumi, der mit einem höheren Beamten die Karakul-Brücke passierte. Der Attentäter, ein Offizier, gab fünf Schüsse ab, durch die Hassan Schumi getötet und sein Begleiter schwer verwundet wurde. Viel merkwürdiger, daß der Würger auf der von beiden Seiten mit Patronen besetzten Brücke entkommen konnte. Das Attentat wird in Zusammenhang gebracht mit dem vom „Serbeit“ organisierten morgigen Meeting zu Gunsten der Pressefreiheit.

Reichstagsabgeordneter Jepsellin I.

o H. Friedrichshafen, 7. April. Das Reichstagsabgeordnete J. L., das abends 9.40 Uhr zu einer Nachfahrt aufgeht, war, wenig zunächst die Richtung nach Ulm ein. Um 4 Uhr 50 Minuten steuerte es nach Ravensburg-Beiringen. Die Rückkehr nach Friedrichshafen wurde um 1/8 Uhr erwartet. H. Friedrichshafen, 7. April. Das gestern abend 9 Uhr zu einer Nachfahrt aufgehtene Reichstagsabgeordnete J. L. fuhr nach einer Mitteilung des Seebates heute morgen 10 Uhr über Friedrichshafen weg und manövrierte dann über dem See. Um 10.50 Uhr erfolgte die Landung in dem Reichshafen bei Wangen, nachdem das Boot sich um 15 Minuten in der Luft verweilt hatte. Es war dies die Schlußfahrt des Schiffes vor seiner Lieberführung nach Memm. Das Berliner Luftschiffer-Regiment reit heute ab.

o H. München, 7. April. Während seines hiesigen Aufenthaltes erklärte Graf Jepsellin dem Reichstagsabgeordneten von Bayern, daß er das sein neues Luftschiff J. V. fertig gestellt haben werde, das voraussichtlich seine erste größere Reise nach dem Norden, wahrscheinlich nach Berlin unternehmen werde.

Kaiserpreis-Gesangswettbewerb.

o H. Frankfurt a. M., 6. April. Für den Gesangswettbewerb deutscher Männerchorvereine kommen außer dem vom Kaiser geschickten Wanderpreis noch ausserordentliche Preise zur Verteilung, die von hiesigen und auswärtigen Vereinen und Korporationen gestiftet worden sind, nämlich vom Landgrafen von Hessen, der Stadt Frankfurt, Frankfurt

Geschäfts-Verlegung.

Beehre mich ergebenst anzuzeigen, dass ich mein

Photographisches Geschäft

von Amalienstrasse 37 nach

30 Waldstrasse 30

im Hause des Residenz-Theaters

verlegt habe.

Mein neues, mit allen Errungenschaften der Neuzeit ausgestattetes Atelier setzt mich in die Lage, das Neueste und Beste auf dem Gebiete der modernen Photographie von der einfachsten bis zur künstlerischen Ausführung bei mässigen Preisen bieten zu können.

Eugen Butteweg, Photograph,

Telephon 2140.

30 Waldstrasse 30.

Fahrstuhl zum Atelier.

Erstklassige elektrische Lichtanlage für Aufnahmen bei eintretender Dunkelheit.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Mutter,

Veronika Ries,

geb. Rupp, nach langem Leiden, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, heute früh in die ewige Heimat abzurufen.

Um das Gebet für die Verstorbene bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

F. Ries, Pfarrer.

Gerschheim — Rohrbad, den 7. April 1909.

Vergabung eiserner Brücken.

Für die Verlegung des Personenbahnhofs Karlsruhe haben wir die Lieferung und fertige Aufstellung des Eisenwerks für drei Brücken mit

I. Brücke		II. Brücke		III. Brücke	
46 t	510 t	55 t	374 t	55 t	23 t
—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—

nach Maßgabe der Verordnung Großh. Finanzministeriums vom 3. I. 1907 zu vergeben.

Die Unterlagen hierzu können auf unserm Bureau, Göttingerstraße 39, eingesehen werden, wofür auch Pläne, Berechnungen und Bedingungen für die 1. Brücke gegen 60 Pf., für die 2. Brücke 3.20 Mk. und für die 3. Brücke gegen 2. 0 Mk. Kostenertrag (für Postgebühren 30 Pf. mehr) abgegeben werden.

Angebote müssen spätestens bis zum Öffnungsstermine Freitag, den 30. April, vormittags 11 Uhr, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, eintreffen.

Die Zuschlagsfrist beträgt 3 Wochen. Karlsruhe, den 2. April 1909.
Gr. Bahnbauinspektion II.

Müllabfuhr.

Die Abholung des Hausmülls erfolgt am Freitag, den 9., und Montag, den 12. ds. Mts. nicht, dafür am Samstag, den 10., und Dienstag, den 13. ds. Mts., im ganzen Stadtgebiet. Karlsruhe, den 5. April 1909.
Städt. Tiefbauamt.

Für die lieben Erstkommunikanten.

Beeg, Ferd. Pfarrer in Weiterdingen.

Neues Leben.

Lebungs- und Gebetbüchlein für Erstkommunikanten. Mit 57 Illustrationen.

Mit Erzbischöflicher Genehmigung.

Ein herziges Büchlein, so recht geeignet, die Vorbereitung auf den schönsten Tag des Lebens zu fördern. Das Büchlein bildet aber zugleich eine vortreffliche Anleitung zu wiederholter Erneuerung des geistlichen Lebens für jedermann.

Preis in hübschem Leinwandband Mk. 2.20

Herder'sche Buchhandlung, Karlsruhe i. B. Herrenstraße 34. Telephon 1286.

Zerkleinertes

Brennholz,

der Zentner Mk. 0.90 ab Werkhof, ins Haus gebracht Mk. 1.10 bei mindestens 5 Ztr., verkauft bis auf weiteres

Süddeutsche Fournierfabrik G. m. b. H. Werderstraße 7.

Brauerei z. guten Quelle Durlach.

Neber die Feiertage empfehle ich einen hochfeinen Stoff



Bockbier.

Am Ostermontag findet bei guter Witterung großes Garten-Konzert statt, wozu ergebenst einladet

C. Ludwig.

Klingenmünster „Pfälzer Hof“

Besitzer: Max Doerzapf,

hält sich Touristen und Vereinen bestens empfohlen.

Bekanntmachung.

Nr. B 2307. Die Gemeinderrechnung von Grünwinkel für das Jahr 1908 liegt vom 10. April d. J. an während 14 Tagen zur Einsicht der Steuerpflichtigen auf dem Gemeindefretariat in Grünwinkel (Rathaus in Grünwinkel) auf. Karlsruhe, den 3. April 1909.

Der Stadtrat: Siegrist.

Weiler.

Hochbauarbeiten.

Zur Fertigstellung des Werkstätten- und Filialmagazinsgebäudes und des Latmagazins haben wir nach Maßgabe der Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 nachgenannte Arbeiten im öffentlichen Vergabungswege zu vergeben, nämlich: Bauarbeiten: (beil. 230 qm), Schreinerarbeiten (Eingang- und Zimmerarbeiten),

Glasarbeiten (beil. 32 qm Fenster und 110 qm Verglasung eisener Fenster).

Schloßerarbeiten: Los I Beschläge und Torgerippe Los II Eisene Fenster (beil. 2300 qm Maler- und Längerarbeiten (beil. 1400 qm Gelbputz).

Pflasterarbeiten: Sandsteinpflaster (beil. 400 qm und beil. 600 qm bei den Gebäuden an der Kammerdeckerstraße).

Die Zeichnungen und Bedingungen können auf unserem Hochbauamt Rheinstrasse Nr. 4 eingesehen werden, wofür auch die Abgabe der Angebotsformulare erfolgt.

Die Angebote sind bis längstens Montag, den 19. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, verschlossen, portofrei und mit geeigneter Aufschrift versehen anzuzeigen — Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Offenburg, den 6. April 1909.
Großh. Bahnbauinspektion II.

Bauarbeiten-Vergabung.

Zum Umbau und Wiederherstellung der kirchlichen Gebäude in Söllingen, Amts Rastatt, sollen zur Ausführung in Verding gegeben werden:

	a) Kirche	b) Pfarrhaus
Erdb- u. Maurerarbeit	1488.—	2621.89
Steinbauerarbeit	133.87	—
Zimmerarbeit	500.—	811.50
Schreinerarbeit	1921.81	909.—
Glasarbeiten	—	86.20
Glasmalerarbeit	1544.88	—
Schloßerarbeit	379.50	412.—
Mechanikerarbeit	512.10	244.90
Lüftungsbauarbeiten	463.90	470.20
Decorationsmalereiarbeit	2627.—	—
Lapzierarbeit	—	70.—
Schloßerarbeiten	314.—	—

Nach Prozenten der Kostenberechnung auszubringende Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit Aufschrift versehen, bis spätestens den 15. April ds. J., vormittags 10 Uhr, bei dem Rathol. Stützungsbüro in Söllingen portofrei einzulegen.

Die Pläne, Kostenberechnungen und Bedingungen sind im katholischen Pfarrhaus daselbst zur Einsicht angelegt. Karlsruhe, den 6. April 1909.

Erzbischöfliches Banamt. Schrotz.

Sichere Existenz.

In einem fast großen Fabrikort des Amtsbezirks Bruchsal ist ein gutgehendes und schon eingerichtetes

Gemischt-Waren-Geschäft

umständehalber zu verkaufen. Offerten unter Nr. 407 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Divan.

Neue hochf. Kamelischendivane mit Mohrhaar v. 45, 50, 60 Mk. an, eleg. Plüsch, divan 65 Mk. Große Auswahl, nur gute, solide Arbeit unter Garantie. Gede extra 10% Rabatt bis Ostern. Kein Baden, daher billige Preise. Spezialgeschäft.

H. Köhler, Schützenstr. 53, II.

Salami- und Cervelatwurst

per Pfd. Mk. 1.30,

Mettwurst, zum Kochen und

per Pfd. 85 Pfg.,

Schweinefett, deutsch,

per Pfd. 70 Pfg., bei

5 Pfg. 66 Pfg.,

Süßrahm-Margarine

per Pfd. 70 Pfg., bei

5 Pfd. 65 Pfg.,

Nudeln — Makkaroni.

Emmenthaler-, Münster-,

Edamer Käse.

Rot- und Leberwurst,

Schinken

empfehlen

Fr. W. Hauser Nachf.,

H. Kussmaul,

Erdprinzenstr. 21. Telephon 464.

Ganze oder Teile künstlicher

Gebisse kauft

Frau G. Horn aus Cöln

Samstag, den 10. April in Karlsruhe,

Hotel Luz, 1. Etage, Zimmer Nr. 1.

Bitte.

Die Liebfrauen-Konferenz bittet für eine arme Familie um einen Kinderwagen. Abreisen bittet man bei der Geschäftsstelle dieses Blattes abzugeben.

Nächste Woche!

Ziehung 17. April 1909

Bad. Rote + Lose

Nur Geldgewinne

3388 Bar-Gew. ohne Abzug

44000 M.

2 Hauptgewinne

20000 M.

586 Gewinne

14000 M.

2800 Gewinne

10000 M.

Los à 1 M. 11 Lose 10 Mk.

empfehlen Lotterie-Unternehmer

J. Stürmer, Langstr. 107.

In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, Gebr. Gühringer, G.m.b.H., Kaiserstr. 60, H. Meyer, E. Flüge, L. Michel, Chr. Frank, J. Dahringer.